

05.11.2024

# Antrag

der Fraktion der SPD

## **Hohe Lebensmittelpreise als Inflationstreiber – bessere Transparenz und mehr Verbraucherschutz durch eine Preisbeobachtungsstelle im Lebensmittelsektor**

### **I. Steigende Preise bei Nahrungsmitteln verschärfen das Problem der Ernährungsarmut und bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Die steigende Inflation macht Verbraucherinnen und Verbrauchern schon seit Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 zu schaffen. Ein bemerkenswerter Aspekt dieser Preissteigerungen läuft allerdings weiterhin relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit: Die Lebensmittel-Inflation übersteigt die Gesamtinflationsrate weiterhin deutlich!

Besonders eklatant zeigt sich das an Zahlen, die IT NRW am 15. Oktober 2024 auf ihrer Homepage veröffentlicht hat. Demnach sind gerade in NRW die Nahrungsmittelpreise zwischen 2015 und 2023 doppelt so hoch gestiegen wie die Verbraucherpreise insgesamt. Die höchsten Preisanstiege wurden in den Jahren 2022 und 2023 verzeichnet. Im Jahr 2023 waren Nahrungsmittel in Nordrhein-Westfalen rund 46,9 Prozent teurer als im Jahr 2015. Wie IT NRW als Statistisches Landesamt mitteilt, ist der Preisanstieg doppelt so hoch wie die Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex<sup>1</sup> mit insgesamt 23,4 Prozent.<sup>1</sup>

Berufstätige Familien und Alleinstehende mit geringem Einkommen sind besonders hart betroffen. Sie müssen bei der Lebensmittelversorgung sparen, obwohl deren Einsparmöglichkeiten ohnehin nur gering sind. Dazu kommt die Tatsache, dass sich die Preissteigerungen im Ernährungsbereich zu der Teuerung in anderen Lebensbereichen gesellt, v.a. bei der Energieversorgung und den Mieten. Die Ausgaben für diese drei Bereiche treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart, weil sie gezwungen sind, einen großen Teil ihres schmalen Budgets für den Grundbedarf, also Nahrungsmittel, Haushaltsenergie und Miete, auszugeben.

Ergebnis ist – und das zeigen zahlreiche Studien für Deutschland – eine deutlich höhere relative Inflationsrate für diese Haushalte mit geringen Einkommen.

---

<sup>1</sup> <https://www.it.nrw/nrw-nahrungsmittelpreise-zwischen-2015-und-2023-doppelt-so-hoch-gestiegen-wie-die-verbraucherpreise>

Gleichzeitig gibt es Anzeichen dafür, dass der Wettbewerb im hoch konzentrierten deutschen Lebensmitteleinzelhandel unzureichend funktioniert. In Deutschland wird der Lebensmitteleinzelhandel von vier Großunternehmen dominiert. Dies sind:

- die Edeka-Gruppe einschließlich Discounter Netto
- die REWE-Gruppe einschließlich Discounter Penny
- die Aldi- Gruppe Süd und Nord sowie
- die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland

Der Anteil der „Big Four“ hat in den vergangenen 20 Jahren stetig zugenommen, 2022 entfielen auf diese vier Unternehmen über 85 Prozent des Umsatzes im Lebensmitteleinzelhandel.

Über ein Drittel des jüngsten Anstiegs der Lebensmittelpreise kann nicht durch Erzeuger- und Energiepreise erklärt werden. Die intransparente Wertschöpfungskette der marktbeherrschenden Einzelhändlerinnen und Einzelhändler macht es für Verbraucherinnen und Verbraucher unmöglich, die Preisbildung bei Lebensmitteln nachvollziehen zu können.

Das zeigen immer wieder aktuelle Markt-Checks der Verbraucherzentralen und auch wissenschaftliche Untersuchungen der Preisentwicklungen.<sup>2</sup>

All diese (Fehl-) Entwicklungen zeigen auf, dass es für die Politik deutlichen Nachholbedarf in Sachen Transparenz und Markt-Kontrolle im Lebensmittelsektor gibt. Ein relativ einfaches und in mehreren europäischen Ländern erprobtes und bewährtes Vehikel dafür ist die Einführung einer „Preisbeobachtungsstelle“. Die Forderung nach einer solchen Stelle wird auch von zahlreichen Verbraucherorganisationen, v.a. dem VZBV, gestellt<sup>3</sup>

In der Antwort der Landesregierung auf eine Berichtsanfrage der SPD-Fraktion im Umweltausschuss des Landtags NRW räumt die Ministerin zwar ein, dass „hohe Lebensmittelpreise für viele Verbraucherinnen und Verbraucher eine Herausforderung darstellen.“ In Bezug auf die Einrichtung einer solchen Stelle wiegelt sie aber ab und konstatiert, dass der „zusätzliche bürokratische Aufwand bei allen Erwägungen zur Errichtung einer Preisbeobachtungsstelle Berücksichtigung finden [muss]“.

Dabei hat eine aktuelle Machbarkeitsstudie des VZBV klar aufgezeigt, dass die Einrichtung einer Preisbeobachtungsstelle in Deutschland problemlos umsetzbar ist und dass mit der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) auch bereits eine geeignete Dachorganisation mit existierenden und funktionierenden Strukturen zur Verfügung stünde.

## **II. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf:**

1. ihre Zurückhaltung in puncto Preisbeobachtungsstelle abzulegen und sich im Bundesrat aktiv für die Umsetzung eines solchen Modells stark zu machen.
2. zugleich hier in NRW sicherzustellen, dass sich auf Ministeriumsebene mit den massiv steigenden Lebensmittelpreisen, Marktmacht und Ernährungsarmut befasst wird.

---

<sup>2</sup> [https://www.verbraucherzentrale.nrw/sites/default/files/2024-03/pospap-lm-preise\\_vznrw.pdf](https://www.verbraucherzentrale.nrw/sites/default/files/2024-03/pospap-lm-preise_vznrw.pdf)

<sup>3</sup> <https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/hohe-lebensmittelpreise-politik-muss-fuer-transparenz-sorgen>

3. das Problem der Ernährungsarmut in NRW in der Ernährungsstrategie viel stärker zu berücksichtigen und dafür mit einer landesweiten Erhebung eine klare Datenlage zu schaffen. Insbesondere gilt es herauszufinden: Wie viele Menschen in NRW sind von quantitativer wie qualitativer Ernährungsarmut betroffen? Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders gefährdet? In welchen Kommunen und Quartieren ist Ernährungsarmut vermehrt vorzufinden?

Jochen Ott  
Ina Blumenthal  
Inge Blask  
René Schneider  
Alexander Vogt

und Fraktion